

# Für die Erholung der Weltwirtschaft müssen die G7 den IWF zur Abschaffung schädlicher Zinsaufschläge auffordern

Länder des Globalen Südens sehen sich derzeit mit einem "perfekten Sturm" konfrontiert, wie ihn die Vereinten Nationen [beschrieben](#) haben. Die anhaltende COVID-19-Pandemie, eine sich abzeichnende globale Schuldenkrise und nun auch noch steigende Lebensmittel-, Düngemittel- und Energiepreise als Folge des Krieges in der Ukraine drohen "bis zu 1,7 Milliarden Menschen - mehr als ein Fünftel der Menschheit - in Armut, Elend und Hunger zu stürzen, und zwar in einem Ausmaß, das es seit Jahrzehnten nicht mehr gab", so UN-Generalsekretär António Guterres.

Ab dem 26. Juni werden die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder in Deutschland zusammenkommen, um unter anderem darüber zu beraten, was angesichts dieser drängenden globalen Herausforderungen zu tun ist. **Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern die G7-Staaten auf, Maßnahmen zur Unterstützung von kritisch verschuldeten Volkswirtschaften zu ergreifen und den Internationalen Währungsfonds (IWF) aufzufordern, seine skandalöse Politik der Zinsaufschläge unverzüglich zu beenden.**

Zinsaufschläge, sogenannte *Surcharges*, sind undurchsichtige Strafgebühren, die von Ländern mit hohen ausstehenden IWF-Schulden zusätzlich zu den regulären Gebühren und Dienstleistungsentgelten erhoben werden. Die *Surcharges* wurden von [führenden Wirtschaftswissenschaftlern](#) und [US-amerikanischen Abgeordneten](#) als "[kontraproduktiv und ungerecht](#)" angeprangert. Indem sie die Schuldenlast von Volkswirtschaften, die bereits mit Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen haben, weiter erhöhen, widersprechen diese *Surcharges* nach den [Worten des](#) Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz "genau dem, was [der IWF] eigentlich tun sollte".

Immer mehr Länder müssen *Surcharges* zahlen, vor allem wegen externer wirtschaftlicher Schocks, für die sie keine Verantwortung tragen. Seit Beginn der Pandemie ist die Zahl der Länder, die *Surcharges* zahlen müssen, von neun auf 16 gestiegen. Nach den [Prognosen](#) des IWF wird diese Zahl in den nächsten drei Jahren auf 38 ansteigen. Dies ist eine inakzeptable Belastung für kritisch verschuldete Volkswirtschaften zu jeder Zeit, aber umso mehr, wenn ihre wirtschaftlichen Herausforderungen durch exogene Schocks verursacht werden.

In einem kürzlich erschienenen Bericht der UN Global Crisis Response Group on Food Energy and Finance - der die G7-Finanzminister erst wenige Wochen zuvor ihre [Unterstützung](#) aussprach -, [wird empfohlen](#), dass "angesichts des globalen Charakters der gegenwärtigen Krise die *Surcharges* des IWF für mindestens zwei Jahre ausgesetzt werden sollten".

Im Vorfeld der diesjährigen Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank [forderten](#) über 150 zivilgesellschaftliche Organisationen aus mehr als 65 Ländern - darunter auch solche, die stark von *Surcharges* betroffen sind, wie Argentinien, Ecuador, Ägypten, Pakistan und die Ukraine - den IWF auf, "eine sofortige Überprüfung der *Surcharges* vorzunehmen, Transparenz über vergangene und künftige *Surcharges* zu gewährleisten und die Institution

durch die Unterstützung der vollständigen Abschaffung von *Surcharges* an ihrem Mandat auszurichten". Der IWF hat sich bisher geweigert, auf diese Forderung zu reagieren.

*Surcharges* entziehen den öffentlichen Kassen wertvolle Ressourcen, die andernfalls für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, die Stärkung der Ernährungssicherheit oder für Investitionen in den wirtschaftlichen Aufschwung verwendet werden könnten. Zwischen 2019 und 2024 wird Ägypten beispielsweise *Surcharges* bezahlen, welche mehr als drei Mal die Kosten für eine vollständige Impfung für das ganze Land decken könnten. Von 2021 bis 2023 wird die Ukraine, die um ihr Überleben nach der russischen Invasion kämpft, voraussichtlich über 400 Millionen Dollar an *Surcharges* zahlen müssen - etwa ein Viertel ihrer gesamten Steuerausgaben für das Gesundheitswesen während der Pandemie. Wie bei anderen Formen der Verschuldung und fiskalischen Zwängen werden die Kosten dieser umgeleiteten Ressourcen am stärksten [von Frauen](#) und anderen gefährdeten Gruppen zu spüren sein.

In einer Zeit, in der die Preise für Lebensmittel, Düngemittel und Energie in die Höhe schießen, ist es ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechte, wenn lebenswichtige Ressourcen an den IWF abgezweigt werden, obwohl sie zur Sicherung des Überlebens der Menschen verwendet werden könnten. Der unabhängige UN-Experte für Auslandsschulden und Menschenrechte, Juan Pablo Bohoslavsky, sieht in den IWF-*Surcharges* sogar einen [Verstoß gegen](#) die internationalen Menschenrechte und andere internationale Gesetze.

Der IWF rechtfertigt seine *Surcharges* in der Regel damit, dass sie von der Inanspruchnahme von IWF-Krediten abschreckt und eine notwendige Einkommensquelle für die Vorsorgebestände des Fonds darstellt. Beide Argumente sind nicht stichhaltig. Aufgrund der schädlichen Kreditbedingungen des IWF und der damit verbundenen innenpolitischen Kosten wenden sich die Länder nur als letztes Mittel an den IWF und sind aufgrund des bevorzugten Gläubigerstatus des IWF gezwungen, die Rückzahlung vorrangig zu leisten. Darüber hinaus haben *Surcharges* bei den fünf größten Kreditnehmern tatsächlich keinen Anreiz für eine vorzeitige Rückzahlung geboten. Vielmehr haben sich die *Surcharges* auf die aufgeschobenen Schulden dieser Länder gegenüber dem IWF aufsummiert. Sich darauf zu verlassen, dass diejenigen, die mit Zahlungsbilanzkrisen konfrontiert sind, das operationale Geschäft des IWF finanzieren, läuft dem Zweck des Fonds direkt zuwider, und die eigenen Vorhersagen des IWF deuten darauf hin, dass seine Vorsorgesalden auch dann noch deutlich über die vom Fonds festgelegte Untergrenze [hinauswachsen würden](#), wenn die *Surcharges* eingestellt würden. Selbst wenn die *Surcharges* vollständig abgeschafft werden, würde die prognostizierten jährlichen Nettoeinnahmen des Fonds positiv bleiben.

Die *Surcharges* des IWF dienen keinem anderen Zweck, als einige der Volkswirtschaften zu belasten, die am wenigsten in der Lage sind, zu zahlen. Sie werden zu einer Bestrafung in Zeiten größter Not. Sie untergraben die Fähigkeit der Entwicklungsländer, auf COVID-19, Hunger, Energieknappheit, Klimawandel und sogar – wie im Fall der Ukraine – auf Krieg zu reagieren. Wirtschaftswissenschaftler, Gesetzgeber, UN-Experten und zivilgesellschaftliche Organisationen aus der ganzen Welt haben ihre Abschaffung gefordert, aber der IWF-Vorstand hat sich dagegen gewandt.

*Wenn die Staats- und Regierungschefs der G7 zusammenkommen, um zu erörtern, wie dem "perfekten Sturm" multipler globaler Krisen begegnet werden kann, sollten sie den IWF auffordern, die Surcharges sofort auszusetzen und eine gründliche Überprüfung dieser Politik mit dem Ziel ihrer Abschaffung vorzunehmen.*

**Unterzeichner:**

Al Hayat Center, Jordan  
Arab Watch Coalition  
Asociación Civil por la Igualdad y la Justicia (ACIJ), Argentina  
Association Talassemrane pour environnement et développement (ATED) Chefchaouen  
Maroc  
Association Tunisienne de Gouvernance Locale " ATGL ", Tunisia  
Association jeune pour jeune, Maroc  
Bank Information Center  
Bretton Woods Project  
Campaign of Campaigns  
Cátedra Abierta Plan Fénix, Argentina  
Caribbean Policy Development Centre, Barbados  
Center for Economic and Policy Research (CEPR)  
Centre for Economic Strategy, Ukraine  
Centre for Financial Accountability, India  
Centro de Estudios Legales y Sociales (CELS), Argentina  
Debt Justice Norway, Norway  
Equidad de Género: Ciudadanía, Trabajo y Familia, Mexico  
Erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung (Jubilee Germany), Germany  
Espace de Solidarité et de Coopération de l'Oriental, Maroc  
European Network on Debt and Development (Eurodad)  
Friends of the Earth US  
Fundación SES, Argentina  
GoAct Tunisia  
Grupo de Estudios en Finanzas Internacionales (GEFI) / Universidad Nacional de Rosario  
(UNR), Argentina  
Institute of Analysis and Advocacy (IAA), Ukraine  
International Accountability Project  
International Development Economics Associates (IDEAS)  
LGBT Centre, Mongolia  
Oyu Tolgoi Watch, Mongolia  
Phenix Center for Economic Studies, Jordan  
Rasid Center, Jordan  
Red Latinoamericana por Justicia Económica y Social (LATINDADD)  
Rivers without Boundaries Coalition, Mongolia  
Talassemrane pour environnement et développement, Maroc  
Third World Network  
Twerwaneho Listeners' Club - (TLC), Uganda  
Wedyan Association For Society Development, Yemen  
Yemeni Observatory Association for social and economic rights, Yemen